

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks = Zeitung!

Reichstag.

35. Sitzung, Mittwoch, den 23. März, nachmittags 12 Uhr.
Am Bundesratsstisch: Delbrück, Helfferich, Kræmer, v. Capelle, Siedow.

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß der Hg. Kabin (Soz.) am 18. März getarbt ist. Das Haus ehrt sein Andenken durch Gedenken von den Sitzen.

Erste Lesung des Etats in Verbindung mit den Steuer- vorlagen.

Präsident Dr. Kaempf: Infolge einer Verständigung zwischen den Vertrauensmännern der Fraktionen wird die U-Bootsfrage vorläufig aus der Diskussion ausgeschieden. Sie wird in den Sitzungen der Budgetkommission in der nächsten Woche eingehend beraten werden.

Hg. Dr. Kiehn (Soz.) — Zur Geschäftsordnung: Ich erlaube gegen diesen Beschluß Widerspruch. Hinter den Kulissen wird mit aller Macht gearbeitet, um uns vor einer vollendete Tatsache zu stellen, wobei es dann heißen wird „Tutiv robitivus“ (ist wieder aufgefunden). (Stürmische Zurufe: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!)

Hg. Reil (Soz.):

Sollt wir zum letzten Male zusammen waren, haben unsere Truppen im Felde sehr schwere Wintermonate hinter sich. Wir sagen ihnen für ihre Ausdauer und ihren Mut unsern warmsten Dank. (Lebhaftes Bravo!) Das gleiche Mitgefühl und die gleiche Anteilnahme gebührt aber auch den Angehörigen der Kämpfer in der Heimat, den trauernden Witwen und Waisen, die einen Winter der Entbehrung und des Kummers durchgemacht haben. (Zustimmung.) Leider die noch immer vorliegenden Fälle von nicht richtiger Behandlung von Soldaten, von ungerechtfertigter Demütigung des öffentlichen Lebens durch Belagerungszustand und Genz und über die schweren Mängel der Volksernährung werden wir in den nächsten Wochen ja gründlich zu beraten haben.

Wir hoffen, daß nicht noch ein dritter Kriegsjahr nötig sein wird. Ob freilich die diesjährige Rechnung am Schluß stimmen wird, ist fraglich; die angelegten Einnahmen des Reichs werden wohl kaum in voller Höhe eintreffen. Die Kriegsausgaben sind lawinenartig angewachsen. Wir können mit gutem Gewissen nicht den Gedanken in unserem Volk nähren, daß wir beim Friedensschluß Entschädigung für die gesamten materiellen Kriegsverluste erhalten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Finanzlage des Deutschen Reichs beträgt jetzt fast das Zehnfache des Friedensstandes. Dazu kommen noch die Ausgaben für die Kriegswirtschaften und Invasiven, die notwendig durch die Kriegsausgaben gedeckt werden. Es ist der Wille unseres Volkes, daß es auf diesem Gebiet kein Ansehen geben darf. (Sehr richtig!) Zur Erhebung der verlorenen Menschenkräfte, zur inneren Kräftigung unseres Volkes ist die Sicherung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der drei Klassen nötig, ausreichender Schutz gegen Krankheiten, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Unterernährung, Sechstum und schmerzliche Ausbeutung, besonders der Frauen. Zu all dem sind große Opfer nötig, müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Daran ist so wie England durch Kriegsausgaben 7 Prozent der Kriegsausgaben aufgebracht, dann wäre unsere Kriegsausgaben heute etwa 3% billiger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Verlangung der Besteuerung nach der Leistungs-fähigkeit, die Steuerentscheidungen der Regierung aber bewegen sich in den alten ausgefahrenen Bahnen und erlangen des großen einheitlichen Werts. Die Kriegsgewinnsteuer entspricht der Lebens-situation des Volkes, daß in der Kriegszeit nicht eine Rinderheit große Gewinne machen darf. Aber die Steuer ist viel zu hoch, was auch in bürgerlichen Kreisen anerkannt wird. Wollte der Schatzsekretär etwa einer Verschärfung dieser Steuer in den Weg treten, dann würde er die allerbitteste Stimmung im Volke erzeugen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die für die Willkürerträge vorgeschlagenen Steuerätze werden fast nie Anwendung finden; sie würden bei den zehn Millionen Gewinn immer noch 5,2 Millionen übrig lassen. Bei 100 000 Mark Kriegsgewinn werden nur 0,8 Prozent resp. 12,6 Prozent versteuert. Das Volk wird aber nachprüfen, ob die Toten mit den patriotischen Worten übereinstimmen. Diesem im Kriege gestärkten Willen nachzukommen müssen die Regierungen und die bürgerlichen Parteien Rechnung tragen. Auch der ganze Aufbau der Steuer ist zu prüfen. Der Entwurf nimmt als Grundlage der Besteuerung den Vermögenszuwachs, und das Rechen-schemen wird nur veräußernd hinzugefügt. Es spricht aber manches dafür, das Rechen-schemen voranzustellen und den Vermögenszuwachs veräußernd hinzuzufügen. Denn beim Vorantreten des Vermögenszuwachses wird es leicht sein, große Teile des Zuwachses der Besteuerung zu entziehen. Auch der Währungs-wert, der von dem Gesellschaften handelt, bedarf der gründlichen Prüfung. Er läuft auf eine ganz unverständliche Schenkung der leistungs-fähigen Betriebe hinaus. Daher hat der Entwurf denn auch in den Kreisen der Unternehmer, der Bauwirtschaft und Kleinrentner ein betrübendes Aussehen angenommen. Die Härte hat mit einer Härte auf seine Veräußerungen geantwortet. Aber das Volk in seinen breiten Schichten denkt anders darüber. Prüfen müssen wir auch, ob der Entwurf nicht gar zu unzureichend gehalten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Landwirtschaft hat in der Kriegszeit ganz gleichgültig Vorteile erlangt und muß daher auch nach Möglichkeit steuerlicher Gerechtigkeit zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Wir sind also mit der Absicht der Kriegsgewinn-steuer einverstanden, wir werden uns aber bemühen, an diese Steuer ganz andere Vorstöße anzulegen als der Entwurf. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Einkommensteuer sind wir auch damit, daß im Staatsjahr 1916 400 Millionen durch neue Steuern einkommen sollen, aber die Vor-schläge im einzelnen sind uns vollkommen unverständlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichsschatzsekretär als bestimmte Anforderung der Regierung hinsichtlich, außer der Kriegsgewinn-steuer keine weiteren direkten Steuern oder wie es richtiger hieß, keine weitere Vermögenssteuer einführen, so kann er nur ruhig gleich den Reichsanwalt anfragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er wird sich doch nicht träumen lassen, daß die ganze gewaltige Mehr-einnahme, die auch später noch notwendig wird, durch Verbrauchs- und Vertriebssteuern geschaffen werden kann. Wollten die Verbän-derten Regierungen das ernstlich versuchen, so würde das zur aller-schwersten Erschütterung unseres gesamten öffentlichen Lebens führen. Der Schatzsekretär beweist auf die Befragung der Einzelstaaten und Gemeinden durch die direkten Steuern. Dem gegenüber muß doch betont werden, daß bis zu dieser Stunde in Staat und Gemeinden Kriegsgewinn-steuer in nennenswerter Höhe noch nicht bezahlt worden sind. Das man Einkommen und Kapital nicht unbegrenzt belasten kann, wissen auch wir. Wer aber behaupten wollte, daß die Grenze schon jetzt erreicht ist, müßte sofort den Bankrott ansetzen, denn anders als mit starker Verzögerung von Besitz und Vermögen werden die Aufgaben nicht zu bewältigen sein. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit erheblicher Härte hat das auch die „Frank-ffurter Zeitung“ betont, die gewiß nicht im Verdacht steht, die Kapital-Interessen zu vernachlässigen.

Als erste Verbrauchssteuer bringt das Programm des Schatz-
sekretärs die Tabaksteuer. In der Begründung wird er darauf hin, es handle sich hierbei um ein entscheidendes Genußmittel. Das ist eine ganz brutale Auffassung, denn sie sagt zu dem Tabakarbeiter, sei zufrieden damit, daß du arbeiten kannst, damit andere genießen,

du selbst hast auf den Genuß kein Anrecht, wenn die die Mittel fehlen. Wenn übrigens praktisch danach verfahren wird, wird der Schatzsekretär die erwarteten 100 Millionen aus dieser Steuer nicht bekommen. Nach dem Kriege wird sowieso durch die erschwerte Lebenshaltung eine starke Eindämmung des Tabakgenusses ein-treten. Die künftige Konjunktur ist ja nur durch den Krieg ent-standen, wie denn auch 25 Prozent der gewaltigen Tabakproduktion die Herabverwertung bezieht, die denn auch 25 Prozent der Mehrsteuer zu zahlen haben wird. Einen beträchtlichen Teil der Mehrsteuer werden die armen Familien zu zahlen haben, die ihren Angehörigen ins Feld ein wenig Zigarren schicken wollen. Diesen armen Familien sollen zu ihren großen Kosten noch neue aufge-bürdet werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man bedenke doch, welche Stimmung dadurch daheim und auch draußen im Felde erzeugt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit Recht führt die „Völkische Volkszeitung“ für die Tabak-
steuer wird kein Feldherr dem Schatzsekretär dankbar sein. (Sehr richtig!) Der Schatzsekretär meinte, die Vertreter der Tabak-industrie selbst verschließen sich nicht der Notwendigkeit der Steuer. Doch zum Tabakgewerbe auch die Tabakarbeiter, mindestens die 200 000 Dollarbeiter gehören, schließt er nicht zu bedenken. Diese haben eine schärfste Stellung gegen die Steuer genommen, und auch die Fülle der Eingaben aus den Kreisen der Gewerbetreibenden scheint das Gegenteil der Behauptung des Schatzsekretärs zu beweisen. Keineswegs wird man über die Interessen der Tabak-arbeiter ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vom Tabakmonopol wird in der Vorlage nicht gesprochen, und die Einführung eines Zigaretten-monopols wird während des Krieges für unmöglich erklärt. Da-nach scheint die Regierung die Absicht zu haben, es nach Schluß des Krieges einzuführen. Dann wäre es aber doppelt bedenklich, jetzt ernstlich Bemühungen in das Tabakgewerbe hineinzubringen. Die erhöhte Tabakabgabe wird der Reichstag hoffentlich zu Falle bringen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Angelehnt der Verbrauchssteuer, die der Entwurf bringt, möchte man sagen: Inwiefern steht im Zeichen der Verbrauchssteuer. Das einzige leistungsfähige Prinzip des Entwurfs scheint zu sein: Wer möglich Geld haben. Ob Recht oder Unrecht, ob Sinn oder Unsinn, das ist alles gleichgültig, wenn es nur Geld bringt. Das ist die einzige Begründung für die Vermögenssteuer, bei der gar keine Rücksicht auf das wirtschaftliche Leben, auf den Wohlstand, auf die finanzielle Wirkung genommen ist. Der Schatzsekretär scheint die Kriegszeit als besonders geeignet für die Einführung von Verbrauchssteuern anzusehen. Aber gerade während des Krieges ist es unverantwortlich, den Stillstand des wirtschaftlichen Lebens noch mehr erschweren zu wollen. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Mit all den Verschärfungen dieser Steuer sollen 50 Millionen aufgebracht werden, die der Schatzsekretär sonst nirgends im Deutschen Reich findet. Es ist höchst fraglich, ob diese 50 Millionen bereinkommen werden, aber selbst wenn es der Fall wäre, so würden sie doch durch die Verbrauchssteuer aufgebracht werden. Deshalb muß der Verbrauchssteuer das gleiche Schicksal beschieden werden wie seinerzeit der Vermögenssteuer im Jahre 1908.

Dann die erhöhten Postabgaben. Wir hoffen schon auf den Fortschritt des 10-Pennig-Wehrbriefpostens. Jetzt sollen wir den Rücktritt zum 15-Pennig-Brief im inländischen Verkehr machen! Der Frachttarifen- und Quittungstempel wird auf die Geschäfts-unternehmen aufgeschoben werden. Fordert doch der Schatzsekretär in der Begründung ausdrücklich dazu auf, die neuen Lasten bei der Preisgestaltung zum Ausdruck zu bringen. (Hört! hört!) Wie steht es im Hinblick auf die feierlichen Versicherungen, daß die breiten Massen der Bevölkerung in dieser Kriegszeit nicht belastet werden sollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Programm des Schatzsekretärs ist ganz nach den Wünschen des Herrn v. Deubrandt ausgefallen. Wir haben uns keinen überhörsen Erwartungen hingeworfen, daß der neue Schatzsekretär große reformatorische Taten vollbringen werde. Aber etwas mehr haben wir doch von ihm erwartet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und an-
schließend der Kreis meiner Partei hat man noch viel höhere Hoffnungen auf ihn gesetzt, hat angenommen, er werde einen neuen großen Zug in die Steuerleggebung des Reichs hineinbringen. Aber an innerer Prinzipienlosigkeit und Scheu vor Belastung des Volkes fehlt es seinen Vorgängern nicht nach, wenn er nicht noch andere Wege einschlägt, wird er sich um einen guten Ruf bringen. (Heiterkeit.) Will er mit den Gegnern der Verbrauchssteuer durch die und dann marschieren, dann wird er auf die Widerarbeit großer Teile dieses Hauses verzichten müssen und wird vor allem die große Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat von einer Parteilich gesprochen, die bei diesem Gesetz gewahrt sei, weil den Verbrauchern und Ver-triebshandlungen die Kriegsgewinnsteuer gegenübersteht. Die Parteilich ist aber nur scheinbar und die Kriegsgewinnsteuer ist eine einseitige Steuer, während die anderen Steuern als dauernd vorgegeben sind. Das deutsche Volk will vor allem in dieser Zeit keine Verbrauchs- und Verbrauchssteuern. Die Verbände sind wirtschaftlich stark genug, um das was jetzt gebraucht wird, aufzubringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ergibt sich aus der Statistik der Kriegsanleihezeichnungen. In der zweiten Kriegsanleihe waren 88 Millionen Zeigener beteiligt mit Beiträgen von 100 bis 500 Mark. Sie brachten insgesamt 970 Millionen gleich 3,78 Proz. des Gesamt-einzuges auf. Das ist mehr ein Beweis für ihre volkswirtschaftliche Pflichtgefühl als für ihre große wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite haben 227 438 Zeigener rund 15 Milliarden gleich 57,57 Proz. des Gesamt-einzuges aufzubringen vermocht. Das ist aller-dings ein Zeichen einer ganz beispiellosen finanziellen Kraft. Die Kreise, die solche Summen in kurzer Zeit flüssig zu machen ver-standen, die sollten nicht in der Lage sein 1 Milliarde auf dem Altar des Vaterlandes hinzuzubringen? (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten.) Diese Kreise haben unsere Truppen draußen viel-mehr zu verdrängen als die breiten Massen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht so sein, daß die Wohlhabenden allein die Gebenden und die Wohlhabenden allein die Rechnenden sind. Die Wohlhabenden sind nicht nur moralisch verpflichtet, sondern auch wirt-schaftlich in der Lage, die ersten Kriegskosten zu tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird mit Recht betont, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands härter sind als die Englands. Trögem aber lassen wir uns von England auf dem Gebiete der direkten Besteuerung beschämen. England erhebt auch die Kriegs-gewinne viel stärker als das hier bedachtigt ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) — Man kommt dann weiter mit dem Ein-wand der notwendigen Rücksichtnahme auf die Einzelstaaten und Gemeinden. Wir wollen ihnen gewiß nicht die Mittel entziehen um ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. Der Schatzsekretär könnte dem Reichsmilitärgesetz die Bestimmung beifügen, daß die Gehälter und Bezüge der Offiziere und Militärbeamten während der Dauer des Krieges von jeder Einkommensteuer frei sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In eine so lange Dauer des Krieges hat bei Schaffung dieser Bestimmung niemand gedacht. Es ist ein bitterer Irrsinn, wenn diese hohen Bezüge steuerfrei bleiben, während jede Kriegszeit die paar hundert Mark, die sie in der Heimat um verdient, vertriben muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angelehnt der Vertriebssteuer, die im Geldbedarf des Reichs während des Krieges einzelnen in gegenüber dem Geldbedarf der Einzelstaaten ist die alte Formel: Die direkten Steuern den Einzelstaaten und Kom-munen, die indirekten dem Reich nach weniger aufrechtzuerhalten als bisher. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bedarf des Reichs wird größer sein als der Bedarf aller Einzelstaaten und Gemeinden zusammen. Da kann das Reich unmöglich auf die ergebnislose und beweglichste Steuerquelle, auf die Besteuerung der

Einkommen und Vermögen verzichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich können Vermögen und Einkommen durch das Reich nicht unbegrenzt gelassen werden und man wird, wenn diese Lücke für das Reich nach vernünftigen volkswirt-schaftlichen Anordnungen ausgeschöpft ist, nach anderen Mitteln suchen müssen, um einen weiteren Bedarf des Reichs zu decken. Man hat von der Verstaatlichung großer wirtschaftlicher Betriebe gesprochen, um dem Reich den Unternehmensgewinn zuzuführen, das sind große Pläne für die Zukunft. Jedenfalls brauchen wir eine neue Grundlage für die gesamte Steuerleggebung. Das Reich wird in erster Linie bei der Besteuerung des Vermögenszuwachses und der Erbschaften verbleiben, wird daneben aber auch die Ver-mögenszufuhr und das Einkommen für seine Zwecke in Anspruch nehmen müssen. Not tut vor allem Einheitlichkeit in unserem Steuerwesen. Ebenso notwendig ist eine Vereinfachung des Erbschaftsteuerwesens. Kreuzen will natürlich auch davon nichts wissen, wie die letzten Landtagsverhandlungen darüber bewiesen haben. Die Eisenbahnen sollen unter allen Umständen in den Händen von Kreuzen sein. Aber die Vertriebsentwicklung, die den preussischen Eisenbahnen gute gekommen ist, ist zu verdanken der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Deutschen Reichs. (Sehr wahr! links.) Darum gehören auch die Eisenbahnen dem Reich. Das Reich darf nicht dauernd vor Kreuzen zurückweichen. Auf dem Gebiete der Steuerleggebung muß ein organischer Aufbau geschaffen werden. Das geht natürlich nicht in ein paar Wochen, aber es muß damit begonnen werden. Die Summen, die jetzt gebraucht werden, sind aufzubringen durch die Kriegsgewinnsteuer, durch die Wieder-herstellung des Wehrbeitrages und durch einen Ausbau der Verbrauchs-steuern. Für den Schatzsekretär ist diese ein blühendes Rühm-denkmal. Er geht in in weitem Bogen aus dem Wege, obgleich gerade die Kriegsverhandlungen jeden Steuerfänger mit der Nase auf diese Steuer führen müssen. Denn auch die Erbschaften sind zum Teil Kriegsgewinne im wörtlichen Sinne des Wortes. Natürlich ist das Gatten- und Kindererbe derer, die im Kriege gefallen sind, von der Besteuerung auszuscheiden. Aber die Erbschaften ent-ferner Verwandter müssen auch im Kriege zur Steuer herangezogen werden. Wir werden Anträge in dieser Richtung stellen. Durch eine solche Steuer wird kein Penny der Einzelstaaten und Gemeinden entzogen. Wenn die Hunderttausende und Millionen aus den Vermögensgütern zurückzucken, werden sie nicht weiter Staatsbürger zweiter Klasse sein wollen. Der Schatzsekretär hat von staats-übergründlichen Überprüfungen gesprochen. Es ist staatsbürgerliche Pflicht des Volkes, einzutreten für die Leiden des Vaterlandes. Den Armen zu helfen und den Reichen zu schonen wäre ein großer Verstoß gegen das stilles Empfinden des Volkes, außerdem aber auch eine unangeheure Dummheit. Darum soll der Schatz-
sekretär seine Steuerpläne preisgeben und mit uns gemeinsam Steuern ausarbeiten nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. (Be-läufiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Spahn (Z.): Der Mann, der 10 Jahre lang das Reichs-matrosenamt geleitet hat, steht nicht mehr an seiner Stelle. Der Hg. den er in der Marine großgezogen hat, zeigt sich in der Politik und dem Opfermut unserer U-Boote und unserer Flotte über-haupt. Ich darf es ausdrücklich sagen, daß der Reichstag seinem Werte Treue bewahren wird. (Lebhaftes Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) — Beachtet man auch die Steuern in den Staaten und Gemeinden, so ist es durchaus unrichtig, daß in England das Ver-mögen und das Einkommen höher mit Steuern belastet ist als bei uns. Die neuen Steuern müssen wir so gestalten, daß sie sich dauernd in die Rahmen unserer Steuern einfügen können. Wir müssen daher darauf bedacht sein, sie möglichst gerecht und wenig drückend auszugestalten. Der Redner wendet sich dann, im Zusammenhang auf der Tribüne unterbreitend, den einzelnen Steuer-projekten zu und warnt vor einer zu scharfen direkten Be-steuerung durch das Reich, weil das zu einer Einschränkung der Aufgaben der Einzelstaaten, denen diese Steuerquellen verloren gehen, führen müsse. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Bauer (Sp.): Dem Schatzsekretär v. Kiehn schreibe ich Dank und Anerkennung, niemand hat wie er das Verständnis für die Pläne im deutschen Volk verbreitet. (Lebhaftes Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Die Steuerentwürfe werden ja an Ausschüsse verwiesen werden, aus denen sie sicherlich nicht ohne wesentliche Veränderungen herauskommen werden. Welchen Will ich gegenüber dem Streben nach Verschärfung der Kriegsgewinn-steuer vorlege, daß man sich halten soll und sich nicht durch Populärartikularität fortziehen lassen darf. — Einig sind wir mit dem Schatzsekretär, daß eine halbe Milliarde durch Steuern aufgebracht werden muß, aber für falsch halten wir es, diese Summe nur durch Steuern auf den Verbrauch und Vertrieb aufzubringen, auch Vertriebssteuern herangezogen werden. (Sehr richtig!) Ge-
woffen werden durch die Verbrauchssteuern besonders die kom-merziellen Kreise, die ständige Bevölkerung, Industrie und Gewerbe, während solche Schichten frei bleiben, denen es weit besser geht. Das muß Verbitterung erzeugen. Nun bemüht man auf die spätere große Steuerreform. Aber was später kommen wird, wissen wir nicht, sicher richtig ist nur, was wir jetzt an Steuern haben sollen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Die Ver-zehrung auf dem Frieden ist auch schon auf so vielen Gebieten angewendet worden, daß man diesen Termin nicht mit noch mehr Beschlüssen belasten soll. (Sehr gut! bei der Volks-partei.) Nun sagt aber der Schatzsekretär, die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben. Dieser Grundhalt ist bereits durch-dringen. Durch den Krieg ist die Zentralisierung noch gewachsen, und daher werden die Einzelstaaten nach manchem von ihrer selbst-ständigen Verwaltung aufgeben müssen. (Sehr richtig! bei der Volks-partei.) Das Reich wird daher unbedingt zu direkten Reichssteuern kommen müssen. Aber aus praktischen Gründen wollen wir gerade jetzt von dem Antrag einer Reichsvermögensteuer absehen. Auch für die Verschärfung der Verbrauchssteuerung ist gerade jetzt im Kriege nicht der geeignete Zeitpunkt. Dagegen könnte der Wehrbeit-
trag in einem so bescheidenen Maße erneuert werden, daß dadurch die Verbrauchssteuern überflüssig werden. Die Kriegsgewinnsteuer kann man dagegen nicht ansetzen; denn während des Krieges erworbenen Vermögenszuwachs ist ein solcher Glücksfall, daß seine starke Be-steuerung mit Recht vom allgemeinen Volkswohlwille verlangt wird. Der Wehrbeitrag aber ist der Appell an die Wohlhabenden in der Stunde der Gefahr, und die Stunde der Gefahr ist keineswegs schon vor-über. (Sehr richtig! links.) Allerdings wollen wir eine Wehrbeitrags-
quote nicht bewilligen neben den dargelegten Steuern, sondern um wenigstens einen Teil derselben zu eripieren. Ich bitte die Ver-bände in Regierungen, die Sache nicht zu leicht zu nehmen.

Schatzsekretär Helfferich: Auch der Abgeordnete Reil hat zugegeben, daß die Besteuerung des Kapitals nicht überbunden werden dürfe. Freilich hat er den Gedanken nicht fortgesetzt, son-
dern die gesonten Steuerbefreiungen verurteilt. Es ist aber gar nicht richtig, daß wir nur Verbrauchs- und Verbrauchssteuern vor-schlagen, denn die Kriegsgewinnsteuer ist außerordentlich ein-zelfind und geht weit über die deutsche Besitzverteilung hinaus. Der Tabak ist ganz sicherlich ein entscheidendes Genußmittel, am Nicht-tauchen ist noch niemand gestorben. (Heiterkeit.) In den vor uns vorgeschlagenen Verbrauchssteuern wird der deutsche Verkehr überhört nicht zugrunde gehen, einen Leistungstempel hat auch der eng-lische Verkehr seit 200 Jahren ohne Schaden ertragen. Den ein-zelnen direkten Steuern gegenüber darf man nicht verfahren, daß sie uns Staat und Gemeinden hohe direkte Steuern erheben, so daß die Gesamtbelastung des einzelnen mit direkten Steuern bei uns größer ist als in England. Weshalb gerade Steuern gibt es nicht. Am gerechtesten ist noch ein Einkommensteuer System von direkten und indirekten Steuern, wie es die Verbündeten Regierungen aus-wieder vorschlagen. (Beifall rechts.)

Es rauf verlegt das Haus die Abstimmung auf Donnerstag
11 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.